



Freiheit und Gleichheit

Intention und Anlage des Heftes

In einer zunehmend vernetzten und komplexen Welt sind die Konzepte von Freiheit und Gleichheit entscheidend für unsere soziale, politische und ökonomische Interaktion. Sie stellen Grundwerte dar, die demokratische Gesellschaften zusammenhalten und den Rahmen für unser Verständnis von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung bilden. Dieses WOCHENSCHAU-Vertiefungsheft befasst sich eingehend mit diesen beiden essenziellen Begriffen und stellt Material zur Verfügung, diese Konzepte anschaulich und praxisnah zu vermitteln.

„Freiheit“ und „Gleichheit“ sind nicht nur Begriffe, die oft in Alltagsdiskussionen verwendet werden, sondern auch grundlegende politische Prinzipien, die die Struktur unserer Gesellschaft formen. In diesem Zusammenhang geht es in dieser WOCHENSCHAU nicht nur darum, die rein theoretischen Definitionen dieser Werte zu verstehen, sondern auch, ihre praktische Anwendung und politische Auswirkungen in der realen Welt zu erkennen.

Freiheit ist ein schillernder Begriff. Das Konzept spielt eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung individueller Rechte und Freiheiten von Menschen wie Meinungs-, Versammlungs- oder Glaubensfreiheit. Gleichheit, als zweites zentrales Konzept in diesem Heft, bezieht sich auf die Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder anderen Unterscheidungsmerkmalen. Beide Konzepte sind zentrale Bestandteile eines funktionierenden demokratischen Systems und tragen entscheidend zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung bei.

In der Politikwissenschaft ermöglichen diese Konzepte tiefgehende Analysen politischer Systeme, staatlicher Institutionen und der daraus resultierenden Machtverhältnisse in Gesellschaften. Sie dienen als Werkzeuge, um Ungerechtigkeiten aufzudecken und Möglichkeiten der Verbesserung aufzuzeigen. So helfen sie uns zu verstehen, wie politische Entscheidungen getroffen werden und welche Auswirkungen diese auf verschiedene Gesellschaftsgruppen haben. Gleichzeitig

wird mit Freiheit und Gleichheit häufig auch ein Widerspruch verbunden, der sich aus der Verwirklichung beider Konzepte ergeben kann.

Für den Politikunterricht bieten die Themen Freiheit und Gleichheit daher vielfältige Anknüpfungspunkte. Sie erlauben eine fundierte Auseinandersetzung mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Zentrale fachwissenschaftliche Anknüpfungspunkte sind hier das Grundgesetz mit den darin enthaltenen Grundrechten sowie Staatsstrukturprinzipien, die explizit die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit in Deutschland festschreiben. Darüber hinaus fördert die Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Freiheit und Gleichheit insgesamt das kritische Denken der Schüler*innen und sensibilisiert für kontroverse gesellschaftliche Fragestellungen hinsichtlich dem zu erreichenden Grad an Freiheit und Gleichheit für alle. Durch die aktive Auseinandersetzung können Schüler*innen ein tieferes Verständnis für politische Prozesse entwickeln und lernen, ihre eigenen Rechte und Handlungsoptionen als mündige Bürger*innen besser zu verstehen.

Die vier Kapitel dieser WOCHENSCHAU zeichnen sich zum einen durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen aus. Kapitel 1 ermöglicht einerseits eine Auseinandersetzung mit den beiden Begriffen Freiheit und Gleichheit, problematisiert andererseits auch deren scheinbaren Widerspruch. Kapitel 2 knüpft stärker an das politische System der Bundesrepublik Deutschland und hier insbesondere das Grundgesetz an, um zu diskutieren, welche Implikationen dieses für die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit in Deutschland enthält. Kapitel 3 wirft einen kritischen Blick auf die sozialen Medien und deren Funktion als Motor für Freiheit und Gleichheit. Es stehen in diesem Kapitel insbesondere emanzipatorische Online-Kampagnen wie #MeToo, aber auch die Frage nach den Grenzen der Meinungsfreiheit im Web 2.0 im Zentrum. Kapitel 4 weitet den Blick in der Auseinandersetzung mit Freiheit und Gleichheit, indem globale Fragen von Emanzipation und Unterdrückung sowie Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen problemorientiert untersucht und erörtert werden.



Exklusiv im Abo:
Unter

wochenschau-online.de
erwarten Sie zusätzliche
Materialien und Hin-
weise zu diesem Heft.

#MeToo Trotz der deutlichen Unterschiede zwischen den vier Kapiteln, eint diese WOCHENSCHAU, dass Sie eine Unterstützung darstellt, die Konzepte Freiheit und Gleichheit fachlich fundiert und handlungsorientiert zu unterrichten.

Struktur des Heftes

Kapitel 1: Freiheit und Gleichheit – (k)ein Widerspruch?

Annäherung über Widerspruch

Der Einstieg in das Thema „Freiheit und Gleichheit“ erfolgt über den bereits eingangs erläuterten Widerspruch, der beide Konzepte zu kennzeichnen scheint. Um eine Diskussion der Kapiteleitfrage zu ermöglichen, nähern sich die Schüler*innen zunächst den Konzepten Freiheit und Gleichheit an.

Bildimpulse

Die Schüler*innen werden zunächst mit visuellen Impulsen zum Thema „Freiheit“ konfrontiert. Die hierfür ausgewählten Abbildungen spiegeln die vielfältigen Facetten wider, die vermutlich auch die Schüler*innen mit Freiheit verbinden: politische Freiheit (Französische Revolution, Demonstrationen, Wahlen), individuelle Freiheit (Gleitschirmfliegen, Reisen) und technologische Freiheit (mobile Endgeräte, digitale Kommunikation). Ziel ist, das Vorwissen und die Assoziationen der Schüler*innen zum Thema Freiheit zu aktivieren. Ergänzend sollte an dieser Stelle auch die Infobox zum Begriff Freiheit thematisiert werden, wodurch die Komplexität des Begriffs verdeutlicht werden kann.

Reflexion der eigenen Wahrnehmung von Freiheit

Durch die abschließende Auseinandersetzung mit der Frage „Wie frei sind Sie?“ erfolgt eine problemorientierte Reflexion der wahrgenommenen eigenen Freiheit. Im Anschluss an diesen sehr schüler*innenorientierten und persönlichen Zugang zum Konzept Freiheit, erfolgt anhand der Untersuchung eines Textes von Michael Bröning eine vertiefte politisch-historische Analyse des Begriffs und seines Bedeutungswandels. Die Auseinandersetzung mit Brönings Text bietet den Schüler*innen auf der inhaltlichen Ebene die Möglichkeit zu erkennen, dass der Begriff der „Freiheit“ immer im Kontext der Zeit betrachtet werden muss, da dessen Bewertung einem steten Wandel unterliegt. Gleichzeitig verweist der gewählte Text auf die zentrale Unterscheidung positiver und negativer Freiheit, die auf Isaiah Berlin zurückgeht und für das Verständnis des Konzepts relevant ist. Auf methodischer Ebene bietet die detaillierte Textanalyse anhand der kleinschrittigen Arbeitsaufträge den Schüler*innen

die Möglichkeit, ihre Kompetenzen in der Analyse von fachwissenschaftlichen Texten zu erweitern. Ein hilfreiches Arbeitsblatt für die Textanalyse finden Sie im Exklusivmaterial zu diesem Heft, das Abonnent*innen der WOCHENSCHAU zur Verfügung steht. Die Erstbegegnung mit dem Konzept Freiheit wird mit der Gegenüberstellung der zu Beginn des Kapitels von der Schüler*innen formulierten Assoziationen und den Ergebnissen der Textanalyse abgeschlossen.

Analog zur Erarbeitung des Konzepts „Freiheit“ erfolgt der Einstieg in die Auseinandersetzung mit dem Begriff „Gleichheit“ ebenfalls über visuelle Impulse, die ebenso die Komplexität des Wortes aufzeigen (Chancen und Gefahren von Gleichheit, staatlich garantierte Gleichheitsrechte sowie das Spannungsfeld von Gleichheit und Individualität). Um eine Progression innerhalb des Kapitels sicherzustellen, erfolgt bereits in der Auswertung der Bildimpulse eine Verknüpfung mit dem Konzept der Freiheit, sodass die Schüler*innen reflektieren, welche Überschneidungen und welche Gegensätze sie erkennen. An dieser Stelle erfolgt explizit ein Rückbezug auf die Fragestellung des Kapitels. Der methodische Schwerpunkt des Kapitels, die fundierte Analyse von Fachtexten, wird an dieser Stelle fortgesetzt, indem die Schüler*innen auf Grundlage eines politikwissenschaftlichen Beitrags von Heiko Giebler und Wolfgang Merkel untersuchen, welche Implikationen deren Forschungsergebnisse auf die Beurteilung der Fragestellung „Freiheit und Gleichheit – (k)ein Widerspruch?“ haben. Ergänzt wird die Untersuchung dieser Fragestellung durch die Analyse von Diagrammen, die einerseits Aussagen über den Wert der Freiheit und deren wahrgenommene Ausprägung in Deutschland, andererseits über die (Vermögens-)Gleichheit in Deutschland treffen. Den Abschluss des Kapitels stellt die Gestaltung eines Leser*innenbriefs dar, in dem die Schüler*innen Stellung zur Frage nehmen, ob ein Mehr an Gerechtigkeit mit einer Einschränkung der Freiheit einhergeht.

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs

Die Schüler*innen

- beschreiben in eigenen Worten ihr Verständnis von Freiheit und Gleichheit;
- erschließen sich auf Grundlage politikwissenschaftlicher Texte die historisch-politische Dimension beider Konzepte;
- erschließen sich auf Grundlage von Diagrammen die Wahrnehmung von Freiheit und Ausprägung von Gleichheit in Deutschland;



- diskutieren den (scheinbaren) Widerspruch der Konzepte Freiheit und Gleichheit.

Kapitel 2: Das Grundgesetz: wird aus Freiheit und Gleichheit Gerechtigkeit?

Der inhaltliche Schwerpunkt des zweiten Kapitels dieser WOCHENSCHAU liegt auf dem Grundgesetz und dessen Aussagen über die Konzepte Freiheit und Gleichheit im politischen System der BRD.

Der Einstieg in das Kapitel erfolgt über einen fachwissenschaftlichen Text von Horst Pötzsch, der die wesentlichen Elemente des Grundgesetzes und insbesondere der Grundrechte zusammenfasst und darlegt. An dieser Stelle wird erkennbar, dass die Auseinandersetzung mit den Themen Freiheit und Gleichheit einerseits im Kontext des Semesterthemas Demokratie, andererseits auch bei der Auseinandersetzung mit dem politischen System der BRD sinnvoll ist. Es bietet sich im Rahmen einer vertieften Beschäftigung mit den Grundrechten an, das Thema der Rechtsgüterabwägung an dieser Stelle ebenfalls zu thematisieren. Denkbar ist eine Verknüpfung mit der Untersuchung der Covid-Eindämmungsmaßnahmen, die wiederholt im Zentrum der Debatte um Rechtsgüterabwägung standen. Eine weitere Vertiefung des Themas finden Sie im Heft, indem die Schüler*innen sich die Staatsstrukturprinzipien erschließen und insbesondere das Sozialstaatsprinzip hinsichtlich seiner Umsetzung in Form konkreter sozial- und finanzpolitischer Instrumente untersuchen. Denkbar ist an dieser Stelle beispielsweise die arbeitsteilige Erarbeitung von Instrumenten wie Bürgergeld, gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung etc. Die Schüler*innen diskutieren anschließend, inwiefern Anspruch (Art. 20 GG) und Umsetzung (ausgewählte sozialpolitische Instrumente) zusammenpassen.

Nachdem Sie mit Ihren Schüler*innen die Verankerung von Freiheit und Gleichheit im Grundgesetz untersucht haben, ist der methodische Schwerpunkt des Kapitels die Untersuchung von Wahlplakaten. Die Schüler*innen untersuchen zunächst arbeitsteilig anhand ausgewählter Wahlplakate, welches Verständnis die im Bundestag vertretenen Parteien von Freiheit und Gleichheit im Wahlkampf kommunizierten. Die Analysekompetenz der Schüler*innen wird an dieser Stelle gefördert, da sie in die Lage versetzt werden, die komplexe Vermischung von Text und Bild zu erkennen und hinsichtlich der politi-

schen Wirkungsabsicht der Parteien zu untersuchen. Im Zuge der Auswertung sollte insbesondere herausgearbeitet werden, dass Freiheit und Gleichheit von den verschiedenen Parteien teilweise vollkommen unterschiedlich verstanden und bewertet wird. Eine Erweiterung der Aufgaben könnten Sie durch die Erweiterung oder den Austausch der zu analysierenden Wahlplakate vornehmen. Da die reine Analyse von Wahlplakaten für die Beurteilung der Frage, welches Verständnis Parteien von Freiheit und Gleichheit haben, zu stark vereinfacht, sollte im Anschluss die Untersuchung der jeweiligen Wahlprogramme der Parteien erfolgen. Das hierzu konzipierte Arbeitsblatt bietet den Schüler*innen einen strukturierten Zugang zu den sehr umfangreichen Programmen der Parteien.

Im letzten Teil des zweiten Kapitels setzen sich die Schüler*innen exemplarisch mit einem kontroversen Thema auseinander, um den Zielkonflikt von Freiheit und Gleichheit näher zu untersuchen, zu diskutieren und zu beurteilen: Ist Gleichheit ungerecht? Sollen sich Parteien gesetzlich zu einer Frauenquote verpflichten?

Befürworter*innen argumentieren, dass ein Paritätsgesetz notwendig ist, um eine repräsentative Demokratie zu gewährleisten. Sie betonen, dass Frauen trotz der Tatsache, dass sie etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, in politischen Ämtern unterrepräsentiert sind. Ein Paritätsgesetz würdesicherstellen, so die Befürworter*innen, dass Frauen in den politischen Entscheidungsprozess gleichberechtigt eingebunden werden. Kritiker*innen hingegen argumentieren, dass ein Paritätsgesetz eine unzulässige Beschränkung der Parteiautonomie darstellt und gegen das Prinzip der Bestenauslese verstoßen könnte. Sie betonen, dass die Auswahl von Kandidat*innen aufgrund ihres Geschlechts anstelle ihrer Fähigkeiten oder Erfahrungen das Prinzip der Meritokratie untergräbt. Darüber hinaus wurde die rechtliche Zulässigkeit solcher Gesetze diskutiert. Im Jahr 2020 erklärte das Thüringer Verfassungsgericht ein Paritätsgesetz für verfassungswidrig, da es die Chancengleichheit der Parteien und die Freiheit der Wahl verletzt.

Insgesamt ist die Debatte um ein Paritätsgesetz in Deutschland ein wichtiges Thema im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie und umfasst verschiedene Perspektiven zu den Themen politische Repräsentation, Parteiautonomie und rechtliche Zulässigkeit – und umfasst somit exemplarisch die Konzepte Freiheit und Gleichheit.

Eine mögliche Erweiterung der dieser WOCHENSCHAU formulierten Arbeitsaufträge könnte die Einbettung einer Makromethode (Talkshow,

Analyse von Wahlplakaten

Abschlussdiskussion

Paritätsgesetz in der Diskussion

Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie

Makromethoden: Talkshow und Pro-Kontra-Debatte

Pro-Kontra-Debatte) in die Unterrichtssequenz darstellen, im Rahmen derer die Schüler*innen die im Voraus erarbeiteten Argumente handlungsorientiert anwenden, um eine bestimmte Position zur Fragestellung zu vertreten.

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs

Die Schüler*innen

- erklären die zentralen Merkmale von Grundrechten und den Staatsstrukturprinzipien im Grundgesetz;
- analysieren Wahlplakate und Wahlprogramme von ausgewählten Parteien hinsichtlich ihres Verständnisses von Freiheit und Gleichheit;
- problematisieren anhand eines Beispiels die Kollision der Konzepte Freiheit und Gleichheit im Kontext der Debatte um ein Paritätsgesetz;
- diskutieren und beurteilen die Forderung nach einem Paritätsgesetz.

Kapitel 3: Freiheit und Gleichheit durch soziale Medien?

Gefahren und Grenzen sozialer Medien

Im Mittelpunkt des dritten Kapitels dieser WOCHENSCHAU steht die Frage, welche Chancen und Potenziale, aber auch welche Gefahren und Grenzen die sozialen Medien darstellen. Soziale Medien spielen in der heutigen Zeit eine zentrale Rolle im Leben der Schüler*innen. Sie fungieren nicht nur als Plattformen zur Unterhaltung und zum Teilen persönlicher Erlebnisse, sondern auch als primäre Informationsquelle und Raum für soziale Interaktionen und Austausch. Jugendliche nutzen soziale Medien, um sich selbst auszudrücken, ihre Identität zu formen und ihre Meinungen zu entwickeln. Außerdem können sie sich über aktuelle Ereignisse informieren, Diskussionen führen und ihre politischen und sozialen Standpunkte teilen. Jedoch bergen soziale Medien auch Risiken wie Cybermobbing, Online-Datenschutzprobleme und die Verbreitung von Fehlinformationen. Trotz dieser Risiken sind soziale Medien aus dem Alltag vieler Jugendlicher kaum noch wegzudenken und sie beeinflussen stark, wie sie die Welt wahrnehmen und mit ihr interagieren. Aus diesem Grund erscheint es wichtig, mit den Schüler*innen selbst in den Austausch darüber zu treten, wie Freiheit und Gleichheit durch soziale Medien verstärkt, aber auch eingeschränkt werden können.

Im ersten Teil dieses Kapitels erfolgt die Auseinandersetzung mit der Kapitleitfrage anhand des konkreten Fallbeispiels der #MeToo-Kampagne.

Die #MeToo-Kampagne ist eine soziale Bewegung, die im Oktober 2017 durch einen Tweet der Schauspielerin Alyssa Milano an Bedeutung gewann, obwohl der ursprüngliche Begriff „Me Too“ bereits 2006 von Tarana Burke, einer Aktivistin für Bürger*innen- und Frauenrechte, ins Leben gerufen wurde. Die Bewegung begann als Reaktion auf die zahlreichen Berichte über sexuelle Belästigung und Missbrauch in Hollywood und anderen Industrien. Durch die Verwendung des Hashtags #MeToo hatten Menschen weltweit die Möglichkeit, ihre eigenen Erfahrungen mit sexueller Belästigung und Übergriffen zu teilen, um auf das Ausmaß des Problems aufmerksam zu machen. Einerseits hat die #MeToo-Kampagne wesentlich dazu beigetragen, das Bewusstsein für sexuelle Gewalt zu erhöhen und hat eine Diskussion über sexuelle Belästigung angestoßen. Andererseits ist zu konstatieren, dass die strukturellen Probleme, die hinter den Erfahrungen der Menschen stehen, die sich im Zuge der #MeToo-Kampagne zu Wort gemeldet haben, noch immer existent sind.

Die konzipierten Arbeitsaufträge dienen als Impulse dafür, die Chancen und Erfolge, aber auch die Grenzen von Online-Aktivismus zu untersuchen und zu beurteilen.

Zu beachten ist an dieser Stelle die besondere Sensibilität des gewählten Fallbeispiels. Sexualisierte Gewalt ist auch im Leben vieler Schüler*innen präsent und von daher sollte bei der Behandlung des Themas im Unterricht sichergestellt werden, dass Schüler*innen nur so viel preisgeben müssen, wie sie möchten.

Der zweite Teil des dritten Kapitels problematisiert die Frage, wie viel Meinungsfreiheit in sozialen Medien herrscht und herrschen sollte. Jacob Mchangama kritisiert in seinem Essay eine von ihm diagnostizierte Tendenz liberaler Demokratien, die freie Meinungsäußerung im digitalen Raum zum Schutz vor extremistischen und radikalen Positionen zunehmend einzuschränken. Der Autor verweist auf eine für ihn gefährliche Logik und untermauert seine Position unter anderem mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) in Deutschland. Dem Essay von Jacob Mchangama werden die Studienergebnisse von Luca Hammer und Martina Schories gegenübergestellt, die wiederum aufzeigen, dass rechten Accounts in sozialen Netzwerken immer stärker zunehmen und der Umgang der deutschen Behörden mit Beschwerden über unangemessene Beiträge im digitalen Raum unzureichend sei. Beide Materialien eröffnen den Diskussionsraum darüber, inwieweit eine staatliche Regulierung von Online-Inhalten in sozialen

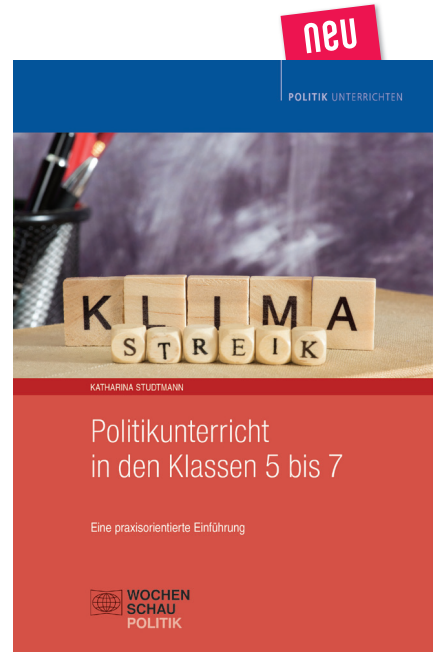
Einführung über die Leitfrage des Kapitels

Politikunterricht in den Klassen 5 bis 7

Eine praxisorientierte Einführung

Wie kann die allererste Begegnung junger Menschen mit dem Schulfach Politik erfolgreich gelingen? Wie können Schüler*innen der Jahrgangsstufen 5 bis 7 zu politischem Denken, Urteilen und Handeln motiviert und befähigt werden? Dieses Buch bietet fachdidaktisch fundierte Antworten. Dabei richtet es sich auch an Leser*innen, die bisher mit der Planung von Politikunterricht wenig Erfahrung haben. Die Autorin führt schrittweise und mit vielfältigen unterrichtspraktischen sowie methodischen Hinweisen an die Planung eines abwechslungsreichen, lebenswelt- und handlungsorientierten Politikunterrichts heran.

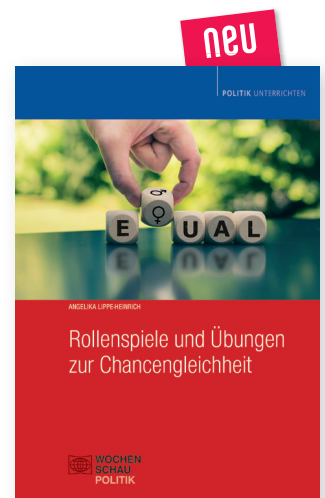
von Katharina Studtmann
ISBN 978-3-7344-1560-9, 152 S., € 16,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1560-5, € 15,99



ISBN 978-3-7344-1596-8,
ca. 220 S., € 21,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1596-4,
€ 20,99



ISBN 978-3-7344-1440-4,
72 S., DIN-A4, € 25,00
PDF: ISBN 978-3-7344-1441-1,
€ 24,99



ISBN 978-3-7344-1528-9,
160 S., € 29,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1528-5,
€ 28,99

Plattformräte für mehr Partizipation?

Netzwerken eine Notwendigkeit oder aber eine Gefahr für die Entfaltung des Potenzials sozialer Medien darstellt.

Im letzten Teil des Kapitels gewinnen die Schüler*innen Einblick in ein mögliches Instrument, um die Interessen der Nutzer*innen in der Ausgestaltung sozialer Medien stärker zu berücksichtigen – Plattformräte. Dieses Instrument ist insbesondere dann interessant, wenn auch die Ergebnisse des Weizenbaum-Instituts zur politischen Partizipation von Menschen berücksichtigt werden.

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs

Die Schüler*innen

- untersuchen die #Me-Too-Bewegung als ein Beispiel für Online-Aktivismus hinsichtlich ihrer Chancen und Grenzen;
- erfassen die Funktionsweise von Online-Aktivismus, indem sie eine eigene Kampagne gestalten;
- diskutieren die Grenzen der Meinungsfreiheit in sozialen Medien und beurteilen die Notwendigkeit staatlicher Regulierung im digitalen Raum, u.a. anhand des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes;
- diskutieren und beurteilen das Potenzial von Plattformräten;
- beurteilen den Stellenwert von sozialen Medien für die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit im Web 2.0.

Kapitel 4: Freiheit und Gleichheit für alle?

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ – mit Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird im vierten und letzten Kapitel dieser WOCHENSCHAU die Frage aufgeworfen, zu welchem Grad Freiheit und Gleichheit für alle Menschen weltweit der Wirklichkeit entsprechen.

Freiheit und Gleichheit global am Beispiel der Proteste im Iran

Das immer noch aktuelle Thema der Proteste im Iran dient als ein exemplarischer Zugang zur Realität von Frauen in vielen Ländern der Welt, in denen Freiheits- und Gleichheitsrechte nicht existieren. In der Auseinandersetzung mit dem Material von Taymas Matboo untersuchen die Schüler*innen zunächst den Verlauf und die Gründe für die Proteste im Iran. Die Schüler*innen erschließen sich in diesem Zusammenhang einerseits die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, untersuchen andererseits, welche Instru-

mente die internationalen Ordnungssysteme (hier konkret die Vereinten Nationen) bereithalten, um diese Rechte für alle Menschen weltweit wirklich zu schützen. In der Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung sollte den Schüler*innen einerseits bewusst werden, dass die Instrumente der Vereinten Nationen – und auch anderer Staaten – zur Beeinflussung des Handelns eines souveränen Staates begrenzt sind, auch wenn gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte scheinbar offensichtlich verstoßen wird. Gleichzeitig sollte anhand des Materials von Tobias Schulze herausgearbeitet werden, dass die Arbeit der Vereinten Nationen und internationaler Diplomatie als wertvolles Gut betrachtet werden können, da sie Öffentlichkeit, Druck und Aufmerksamkeit erzeugen und somit Veränderung herbeiführen können. Gleichzeitig bietet das Kapitel die Möglichkeit, mit den Schüler*innen die Relevanz von zivilgesellschaftlichem Engagement zu beleuchten und im eigenen Nahraum zu erkunden.

Der zweite Teil des letzten Kapitels weitet die Perspektive auf „Armut und Wohlstand im Zentrum von globaler Freiheit und Gleichheit“. Der Einstieg erfolgt in Form einer Umfrage.

Die richtige Antwort zur ersten Frage ist c) und wird über den QR-Code erläutert. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass trotz dieser Fortschritte immer noch erhebliche Unterschiede zwischen und innerhalb von Ländern bestehen und viele Menschen immer noch unter extremer Armut leiden, insbesondere in Subsahara-Afrika und in Teilen von Südasien. Auf eben jene Problematik – eine Reduzierung von Armut bei gleichzeitiger Ungleichheit hinsichtlich ihrer Verteilung – wird im weiteren Verlauf des Kapitels Bezug genommen.

Die richtige Antwort zur zweiten Frage lautet ebenfalls c). Bis zu diesem Zeitpunkt zeigt der Freiheitsindex, wie er beispielsweise von Organisationen wie Freedom House veröffentlicht wird, in vielen Teilen der Welt einen allgemeinen Rückgang. Dies spiegelt einen Trend hin zu weniger demokratischen Praktiken, eingeschränkter Meinungsfreiheit und allgemeinen Menschenrechtsverletzungen in Teilen der Welt wider. An dieser Stelle gilt es zu problematisieren, dass die Wahrnehmung der Schüler*innen vermutlich von dem Ergebnis für die globale Perspektive abweicht.

Im Zuge der Erarbeitungsphase bietet das Material, bestehend aus einem Textauszug von Angus Deaton zur Entwicklung von Armut und Wohlstand im Zeitalter der Globalisierung und zwei Grafiken zur Entwicklung und Verteilung von Armut und Freiheit, die Möglichkeit, jene Wider-

sprüche und Ungleichheiten in der Verteilung von Gütern zu untersuchen und zu diskutieren. Gleichzeitig bietet sich an dieser Stelle ein Rückbezug auf den Einstieg in dieses Kapitel an.

Die Methodenkompetenz erweitern die Schüler*innen indem sie zwei Methoden – Text- und Diagrammanalyse nun eigenständig anwenden.

Im letzten Teil des Kapitels werden die Schüler*innen an das Instrument Gapminder herangeführt, das über eine Datenbank weltweite soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen darstellt. Ziel dieser Analyse- und Anwendungsphase ist es, dass die Schüler*innen zunächst eigene Hypothesen zum Themenbereich Freiheit und Gleichheit formulieren, die sie dann auf Grundlage der erhobenen Daten im Tool Gapminder untersuchen.

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs

Die Schüler*innen

- untersuchen die Entwicklung und die Ursachen der Proteste im Iran;
- diskutieren die Wirksamkeit internationaler Organisationen und Diplomatie für die Wahrung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte;
- analysieren die Verteilung von Freiheit und Gleichheit (in Form von Wohlstand und Armut) aus einer globalen Perspektive;
- überprüfen und diskutieren eigenständig entwickelte Hypothesen mithilfe des sozialwissenschaftlichen Tools Gapminder.

Philip Eberhard

Jahrbuch Demokratiepädagogik & Demokratiebildung

Ungewissheit als Erfahrung in der Demokratie

Krieg in Europa, Covid-Pandemie und Klimawandel. Die Ungewissheit unserer Zeit erfordert pädagogische Lösungsansätze. Doch wie können Schule und Demokratiepädagogik mit den Kindern und Jugendlichen resilienzstärkende Zukunftsperspektiven entwickeln? Der Band thematisiert Lösungsansätze aus Schulpädagogik, Didaktik, Sozialisationsforschung, Bildungsphilosophie und politischer Bildung sowie von Demokratiepädagogik und Demokratiebildung.

hrsg. von Silvia-Iris Beutel und Christiane Ruberg
 ISBN 978-3-95414-203-3, 232 S., € 28,00
 PDF: ISBN 978-3-95414-204-0, € 27,99
 zur Fortsetzung: € 22,80

